

POLITISCHE JUSTIZ

„Im übrigen gilt ja hier derjenige, der auf den Schmutz hinweist, für viel gefährlicher als der, der den Schmutz macht.“

Kurt Tucholsky

WIEN BLEIBT WIEN

In Wien sitzt der antifaschistische Aktivist Josef aus Jena nach wie vor seit Ende Januar in Untersuchungshaft. Er war nach den Protesten gegen den dortigen Akademikerball, auf dem sich von den schlagenden Burschenschaften des Wiener Korporationsrings bis hin zum rechten Rand der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) alles versammelt, was in rechtsradikalen Kreisen Rang und Namen hat, festgenommen worden. Josef wird Landfriedensbruch, schwere Körperverletzung und schwere Sachbeschädigung vorgeworfen. Er habe Scheiben zertrümmert, Rauchbomben in Autos und Gegenstände auf Polizist_innen geworfen. Die einzigen ihn belastenden Indizien stammen von Polizeibeamt_innen, die seine Stimme auf einem Video erkannt haben wollen, als er die Menge zu weiteren Aktionen angefeuert haben soll. Seit dem 24. Januar sitzt Josef hierfür in Haft. Nachdem zunächst Tatverdunklungsgefahr als Grund ausgegeben wurde, musste dann eine angebliche Tatbegehungsgefahr (Wiederholungsgefahr) als Rechtfertigung erhalten. Da es aber eher unwahrscheinlich sein dürfte, dass er bei einer Entlassung allein loszieht, um die Wiener Innenstadt zu zerlegen, scheint das Motiv für seine Haft andere Gründe zu haben. Dazu passt es auch, dass die Aussage des Polizisten, der Josef inkriminiert hatte, mittlerweile durch ein Sprachgutachten der Verteidigung stark in Zweifel gezogen werden muss. Weitere Zeug_innen- und Bildbeweise werden durch das Gericht beharrlich ignoriert. Der erste Prozesstag fand am 6. Juni statt und erhärtete den Eindruck, dass Josef für ein Exempel erhalten soll. Mehrere Videobeweise, die keinerlei Hinweise darauf lieferten, dass er irgendeine Straftat begangen haben könnte, wurden vom Richter als glaubhafte Darlegung von Josefs Schuld gewertet. Ihm droht eine mehrjährige Haftstrafe.

Wenn ihr Josef schreiben oder für ihn spenden wollt, findet ihr weitere Informationen unter <http://soli2401.blogspot.eu> [ed]

DIE SPINNEN, DIE NAZIS...

„Wir brauchen Bürger, die auf die Straße gehen und den Spinnern ihre Grenzen aufweisen.“ Mit dieser Aussage des Bundespräsidenten Joachim Gauck über die NPD musste sich das Bundesverfassungsgericht auseinandersetzen. Der zweite Senat urteilte, der Begriff „Spinner“ sei im konkreten Kontext ein „Sammelbegriff für Menschen, die die Geschichte nicht verstanden haben“ (2 BvE 4/13, Rn. 33) und trotz der Folgen des historischen Nationalsozialismus noch immer rechtsradikale Positionen vertreten. Gauck habe lediglich für eine kritische Auseinandersetzung mit solchen problematischen Positionen geworben. [ed]



„FIFA GO HOME!“

Unter diesem Slogan protestieren bereits seit mehreren Monaten zehntausende Menschen in Brasilien gegen die dort stattfindende Fußballweltmeisterschaft der Männer. Was als Protest gegen die Erhöhung der Fahrpreise im Nahverkehr der Stadt São Paulo begann, mündete am ersten Turniertag, dem 12. Juni, in gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Demonstrierenden. Der Protest richtet sich gegen eine Reihe von gesellschaftlichen Missständen, die sich im Rahmen der Weltmeisterschaft teils drastisch verschärft haben. Die massive soziale Ungleichheit, unter der weite Teile der Bevölkerung zu leiden haben, wird noch deutlicher, als es zuvor der Fall war. Für die Vorbereitungen des Turniers wurden bereits über zehn Milliarden Euro ausgegeben, was in scharfem Kontrast zur grassierenden Armut in den brasilianischen Elendsvierteln, den Favelas, steht. In den Austragungsorten wurden

zudem zehntausende Familien zwangsumgesiedelt. Auf den Baustellen der Stadien kam es wegen schlechter Arbeitsbedingungen zu mehreren fatalen Unfällen. Diese unsoziale Politik wird flankiert von einem brutal vorgehenden Sicherheitsstaat. Flächendeckende Kameraüberwachung und eine brutale und enthemmte Polizei, wie insbesondere in den Spezialeinheiten der Batalhão de Operações Policiais Especiais (BOPE), der unter anderem Morde an unbeteiligten Passant_innen vorgeworfen werden, sollen die armen Teile der Bevölkerung durch Repression unter Kontrolle halten. Während der Weltmeisterschaft wird darüber hinaus auch die Militärpolizei im Einsatz sein und voraussichtlich auch zur Niederschlagung von Protesten zum Einsatz kommen.

Die FIFA wiederum vermarktet das Spektakel unter dem zynischen Slogan „All in one rhythm“ und beschert ihren ständigen Partner_innen und Sponsor_innen eine sprudelnde Einnahmequelle. Das Gesetz muss vor dieser geballten Macht des Kapitals weichen: Eigens zu den Spielen verabschiedete der Senat eine Ausnahme vom sonst gesetzlich festgeschriebenen Alkoholverbot in Stadien, das 2008 wegen verschiedener Todesfälle bei Ausschreitungen in Stadien erlassen wurde. Die FIFA hatte auf dieser Ausnahme bestanden. Eine Sponsorin der Meisterschaft ist die Firma Budweiser. [ed]

LEGAL, ILLEGAL, SCHEISSEGAL

Die Frankfurter Stadtpolizei hat anscheinend seit 2011 teilweise ohne Rechtsgrundlage gehandelt. Die Frankfurter Polizeiverordnung (PVO) war ausgelaufen, ohne dass es jemandem aufgefallen wäre. Bis auf Weiteres findet sie keine Anwendung mehr. Wer schon immer einmal wildpinkeln oder in der Fußgängerzone Geld als Hütchenspieler_in verdienen wollte, sollte sich allerdings beeilen. Das Stadtparlament will so schnell wie möglich eine Neuauflage der Verordnung beschließen. [ed]